



Die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der kantonalen Parlamente: Aktuelle Situation, historische Entwicklung und Vergleich mit dem eidgenössischen Parlament

Werner Seitz, Bundesamt für Statistik

Die Schweiz gehört bekanntlich zu jenen Ländern, welche das Frauenstimm- und -wahlrecht weltweit als letzte eingeführt haben. Über fünfzig Jahre lang wurde vor allem auf kantonaler Ebene versucht, das Frauenstimmrecht einzuführen, bis Anfang der Siebzigerjahre das Eis brach und das Frauenstimm- und -wahlrecht praktisch flächendeckend auf kantonaler und eidgenössischer Ebene eingeführt wurde.¹

Dauerten die politischen Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz sehr lange, so zogen die Frauen darauf zügig in die Parlamente ein. Gemäss einer Zusammenstellung der Interparlamentarischen Union liegt die Schweiz heute mit ihrem Frauenanteil von 26% im internationalen Vergleich im ersten Drittel.²

1. Die aktuelle Frauenrepräsentation in den kantonalen Parlamenten im Spiegel der Wahlen 2004 / 2007

In den kantonalen Parlamenten nehmen die Frauen zur Zeit 721 der 2'738 Sitze ein, womit der Frauenanteil über 26 Prozent beträgt.³ Das ist der höchste bisher erreichte Stand.

Wird die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Kantonsparlamente der Periode 2004/07 in *regionaler Hinsicht* verglichen, so schwankt der Frauenanteil zwischen 11% (TI) und 36% (AG). In 16 Kantonen liegt er zwischen 20–32%, in vier Kantonen ist er niedriger als 20% (NW, SZ, GL, TI), in vier ist er grösser als 33% (ZG, BL, BS, AG). Werden die Kantone zu Sprachregionen zusammengefasst, so besteht nur bezüglich des italienischsprachigen Tessins ein signifikanter Unterschied; die französisch- und die deutschsprachigen Kantone weisen dagegen im Durchschnitt ähnlich hohe Frauenanteile auf (26 bzw. 27%). Markant sind dagegen die *geschlechtsspezi-*

Abkürzungen der Parteien

Bundesratsparteien

FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SP Schweiz	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

Bürgerliche Nicht-Bundesratspartei

LPS	Libérale Partei der Schweiz
-----	-----------------------------

Mitte-Parteien

LdU	Landesring der Unabhängigen (1936–1999)
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP	Christlichsoziale Partei

Kleine Linksparteien und Grüne

PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
Sol.	Solidarität
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbegriff)
GPS	Grüne Partei der Schweiz

Kleine Rechtsparteien

SD	Schweizer Demokraten
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS	Freiheitspartei der Schweiz
Lega	Lega dei Ticinesi

Für Parteien auf Kantonsebene wird das Suffix -S (der Schweiz) weggelassen

fischen Unterschiede zwischen den Parteien. Mit 49% quasi paritätisch vertreten sind Frauen und Männer bei den Grünen (GPS, alternative Grüne). Bei der SP ist der Frauenanteil mit 44,5% zwar etwas niedriger, in absoluten Zahlen aber stellt die SP die meisten Frauen in den kantonalen Parlamenten (238).

Deutlich schwächer vertreten sind dagegen die Frauen in den Parlamentsdelegationen der bürgerlichen Parteien: Bei der FDP beträgt der Frauenanteil 23%, bei der CVP 21% und bei der SVP 13%. Nur eine Frau findet sich in den Parlamentsdeputationen der kleinen Rechtsparteien (vgl. dazu

Tabelle 1).

Die parteipolitischen Unterschiede bei der Frauenvertretung treten noch deutlicher zu Tage, wenn die gewählten Frauen nach Parteizugehörigkeit analysiert werden (Frauen=100%). 2004/07 gehörte knapp die Hälfte aller gewählten Frauen (47,5%) der SP oder den Grünen an und fast gleich viel (47%) den bürgerlichen Parteien CVP, FDP, LP und SVP. Wird in Betracht gezogen, dass SP und Grüne nur 27% der Mandate in den Kantonsparlamenten innehaben, die bürgerlichen Parteien dagegen mehr als das Doppelte (64%), kann von einer *parteipolitische Polarisierung der Frauenrepräsentation*

¹ Als erste Kantone beschlossen Waadt und Neuenburg das Frauenstimmrecht (1959). In den Sechzigerjahren folgten vier weitere Kantone (GE, BS, BL, TI) und 1971 wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht auf eidgenössischer Ebene eingeführt. Ende 1972 kannten sämtliche Kantone das Frauenstimmrecht, ausser die beiden Appenzel. Vergleiche dazu Hardmeier, Sibylle, "30 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz – ein Erklärungsversuch zu einem jungen Jubiläum", in *femina politica*. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Berlin 2001, Nr. 2 und Mesmer, Beatrix, Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971, Chronos Verlag, Zürich, 2007.

² Union Interparlementaire: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>.

³ Die Daten dieses Aufsatzes beziehen sich auf den Stand am jeweiligen Wahntag; Änderungen im Verlaufe der Legislaturperiode sind nicht berücksichtigt.



Tabelle 1:

Kantonale Parlamente 2004/2007: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien (Partei=100%)				
Partei	Frauen	Männer	Total	Frauenanteil in %
FDP	125	425	550	22.7
CVP	117	441	558	21.0
SP	238	297	535	44.5
SVP	71	497	568	12.5
LP	21	64	85	24.7
EVP	10	41	51	19.6
CSP	8	16	24	33.3
PdA, Sol.	4	10	14	28.6
Grüne (GPS, alternative Grüne)	100	104	204	49.0
Kleine Rechtsparteien	1	30	31	3.2
Übrige	16	53	69	23.2
Total*	721	2017	2738	26.3

* inkl Appenzell Innerrhoden, wo keine Parteizuordnung der Gewählten möglich ist.

tion gesprochen werden: Am höchsten vertreten sind die Frauen bei den rotgrünen Parteien, je weiter rechts sich eine Partei positioniert, desto kleiner ist ihr Frauenanteil.

2. Die Entwicklung der Frauenrepräsentation in den kantonalen Parlamenten 1972–2007

Bei den ersten Wahlen mit Frauenstimmrecht Anfang der Siebzigerjahre reüssierten die Frauen mit einem Anteil von gut 6% unter den Gewählten. Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: Zu Beginn der Achtzigerjahre überschritten sie die 10%-Marke und in den frühen Neunzigerjahren die 20%-Marke. Nach einem Stottern zu Beginn des neuen Jahrtausends stieg der Anteil der gewählten Frauen 2004/07 in den kantonalen Parlamenten auf rund 26% (siehe dazu auch Tabelle 2).

Die Zuwachsrate der Frauenvertretung betrug pro Wahlperiode im Durchschnitt rund 2 Prozentpunkte. Eine Ausnahme stellten die frühen Neunzigerjahre dar, als sich der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten um fast 7 Punkte steigerte, und die Wahlperiode 2000/03, als der Frauenanteil stagnierte. Auslöser für den ein-

zigartigen Zuwachs in der Periode 1992/95 war die Nichtwahl der Genfer Sozialdemokratin Christiane Brunner in den Bundesrat vom Frühling 1993, welche die Frage der Untervertretung der Frauen in den politischen Institutionen schlagartig ins Zentrum der öffentlichen Diskussionen rückte. Die anhaltende mediale Berichterstattung setzte eine Dynamik in Gang, den sogenannten "Brunner"-Effekt, welche die Frauenanteile in noch nie gesehene Ausmass ansteigen liess. Spektakulär waren namentlich die kantonalen Parlamentswahlen im Aargau, in Solothurn und in Neuenburg, bei denen sich der Frauenanteil knapp verdoppelte bis gar verdreifachte (AG: von 18,5 auf 31,5%, SO: von 11,1 auf 34,7%, NE: von 13,9 auf 27,8%).

Der "Brunner-Effekt" lässt sich besonders gut darstellen, wenn die kantonalen Parlamentswahlen der Periode 1992/1995 in folgende drei Phasen unterteilt werden: (1) Wahlen vor der "Nichtwahl von Brunner" (1992), (2) Wahlen im Jahr der "Nichtwahl von Brunner" (1993) und (3) Wahlen in den beiden Jahren nach der "Nichtwahl von Brunner" (1994/95). Für die erste Phase betrug die durchschnittliche Zuwachsrate der Frauenanteile 2,6 Prozentpunkte, was im Rahmen der Zuwachsraten der Siebziger- und Achtzigerjahre liegt. Für die zweite Phase jedoch schnellte der Zuwachs der

Frauenanteile auf 12 Prozentpunkte.⁴ In der dritten Phase sank der Zuwachs auf 6,4 Punkte; er war damit aber deutlich höher als bei den früheren Wahlen. Es kann also durchaus von einer gewissen Nachhaltigkeit des "Brunner-Effekts" gesprochen werden, zumal bei den folgenden Wahlen in den Neunzigerjahren der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten weiter anstieg (+2,1 Punkte).

Die Stagnation der Frauenvertretung in der Wahlperiode 2000/03 dagegen dürfte auf die massiven Mandatsgewinne der SVP auf Kosten von CVP und FDP zurückzuführen sein.⁵

Werfen wir einen Blick auf die *Frauenrepräsentation der einzelnen kantonalen Parlamente seit 1972*, so lassen sich Kantone mit überdurchschnittlich hohen und Kantone mit unterdurchschnittlich niedrigen Frauenanteilen identifizieren. Die höchsten Frauenanteile während sechs Perioden in Folge wies Genf auf; bei den letzten beiden Wahlen fiel Genf jedoch zurück und musste die Leader-Position an Basel-Stadt bzw. an den Aargau abtreten. Konstant hohe Frauenanteile wies nebst den beiden erwähnten Genf und Basel-Stadt auch Basel-Landschaft auf. Die Frauenanteile dieser Kantone lagen bei sämtlichen Wahlen im Durchschnitt 8–10 Prozentpunkte über dem gesamtschweizerischen Mittel. Die niedrigsten Frauenanteile verzeichnete in den Siebziger- und Achtzigerjahren Uri, ab Mitte der Neunzigerjahre übernahm diese Rolle zunehmend das Tessin. Zur Gruppe jener Kantone, die konstant niedrige Frauenanteile auswies, gehören nebst dem erwähnten Uri auch Glarus, Schwyz, Wallis und Graubünden. Ihre Frauenanteile lagen im Durchschnitt 6–10 Prozentpunkte unter dem gesamtschweizerischen Mittel.

Insgesamt veränderte sich diese Struktur während der letzten drei Jahrzehnte nur gering, wie eine Analyse der Rangordnung der Kantone nach Grösse des Frauenanteils ergab. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind dagegen kleiner geworden.

Dieses regionale Muster der Frauenrepräsentation, wonach also tendenziell die Westschweiz und die städtischen Kantone die "Avantgarde", die eher ländliche und Zentralschweiz die "Arrièregarde" darstellen, entspricht auch dem Zustimmungsmuster der Kantone bei Volksabstimmungen

⁴ Selbst wenn wir die Zuwachsrate nicht aufgrund der gewählten Frauen berechnen, sondern – um der unterschiedlichen Grösse der Parlamente Rechnung zu tragen – den Durchschnitt aller Parlamente nehmen, erhalten wir einen ähnlich hohen Wert (+11,2 Punkte).

⁵ Vergleiche dazu Rielle, Yvan, Sonnenplätze und Schattenseiten. Die Repräsentation von Frauen in den kantonalen Parlamenten seit der Einführung des Frauenstimmrechts, Praktikumsbericht Universität Bern (IPW) 2003.

⁶ Analysiert wurden die eidg. Volksabstimmungen über folgende Vorlagen: Einführung des Frauenstimmrechts (1959 und 1971), Fristenlösung (1977), Mutterschaftsversicherung (1984 und 1999), gleiche Rechte für Mann und Frau, neues Ehegesetz (1981 und 1985) und Quoteninitiative (2000). Bei diesen Volksabstimmungen bildeten die lateinischen Kantone (GE, VD, NE, TI) mit den beiden Basel und Zürich durchwegs den relativ stabilen gleichstellungspolitisch offenen Pol, die Zentral- und Ostschweiz dagegen den gleichstellungspolitisch zurückhaltenden bis ablehnenden Pol. Siehe dazu auch Seitz, Werner, Ein Streifzug durch hundert Jahre Kampf um die politische Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Gleichstellungspolitische Strategien und die ambivalenten Wirkungen der direkten Demokratie. Öffentliche Vorlesungsreihe der Fachstelle für die Gleichstellung, Universität St. Gallen, Wintersemester 2003 / 04 (unter <http://www.werner-seitz.ch>).

Zur hohen Erklärungskraft der regionalen Kultur auf die regionalen unterschiedliche Frauenrepräsentation siehe Rielle, Yvan, Der andere Kulturkampf. Über die weibliche Repräsentation in den Kantonsparlamenten und ihren geschlechterkulturellen Kontext. Ansätze zur Erklärung der unterschiedlichen Frauenanteile in den kantonalen Parlamenten von 1968 bis 2003, Lizentiatsarbeit Universität Bern (IPW) 2005, S. 38 ff.



Tabelle 2:

**Kantonale Parlamente 1972–2007:
Entwicklung des Frauenanteils unter den Gewählten, nach Parteien
(Partei=100%)**

Partei	1972–1975	1976–1979	1980–1983	1984–1987	1988–1991	1992–1995	1996–1999	2000–2003	2004–2007
FDP	5.1	6.7	8.1	8.9	11.6	17.3	19.5	20.5	22.7
CVP	5.0	8.6	7.8	8.7	10.3	14.6	17.7	18.8	21.0
SPS	9.3	13.7	15.3	18.3	26.7	40.2	40.6	42.8	44.5
SVP	1.7	1.4	3.6	5.2	8.1	10.0	11.5	11.4	12.5
LPS	13.7	12.5	11.1	13.3	18.1	24.2	20.2	16.7	24.7
LdU	11.0	13.1	25.5	26.7	28.1	44.0	45.5	33.3	
EVP	9.5	14.0	20.8	25.5	22.0	20.9	16.7	32.6	19.6
CSF	11.1	11.8	4.5	20.0	23.8	23.8	28.6	22.2	33.3
PdA/Sol.	11.8	20.0	17.2	23.8	33.3	47.1	48.7	36.1	28.6
Grüne (POCH)	16.7	40.0	34.7	32.2	32.3	48.5	49.3	45.5	49.0
Kleine Rechts	4.5	3.1	5.3	9.6	5.3	4.3	8.2	5.6	3.2
Übrige	7.9	9.3	13.9	18.4	19.0	16.4	20.4	6.3	23.2
Total	6.2	8.6	10.2	12.3	15.2	22.0	24.1	24.2	26.3

Quelle: Wahlstatistik © Bundesamt für Statistik

über gleichstellungspolitische Themen⁶. Der oben erwähnte "Brunner"-Effekt von 1993 schlug sich besonders auch bei der Entwicklung der Frauenrepräsentation bei der SP und den Grünen nieder: Diese steigerten 1992/95 ihren Frauenanteile um 14 bzw. 16 Prozentpunkte auf 40 bzw. 49%. Aber auch FDP und CVP verzeichneten in dieser Periode das grösste Wachstum ihrer Frauenvertretung (um 6 bzw. 4 Punkte). Insofern aber die Frauen bei der SP und den Grünen deutlich stärker vom "Brunner"-Effekt profitierten als die Frauen bei den bürgerlichen Parteien, verstärkte sich der *parteilpolitische Unterschied der Frauenrepräsentation*. Dieser hatte zwar ansatzweise bereits schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren bestanden: So waren die Frauen bei den Grünen bereits ab den Achtzigerjahren zu einem Drittel vertreten und seit 1992/95 bewegen sich ihre Anteile zwischen 45–49%. Bei der SP setzte Mitte der Achtzigerjahre – basierend auf einer programmatischen Hinwendung zu den neuen Mittelschichten – eine gewisse Feminisierung ein, wodurch sich die Frauenanteile der 20%-Schwelle näherten. Mit dem massiven Zuwachs in der Periode 1992/95 überschritt der Frauenanteil die 40%-Marke; in der Folge steigerte er sich sukzessive auf 45%.

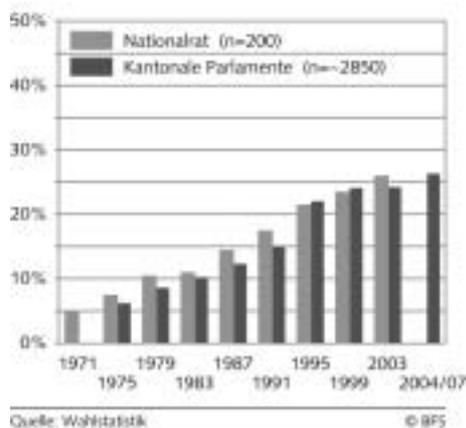
Bei FDP und CVP waren die durchschnittlichen Steigerungsraten insgesamt nur halb so gross wie bei der SP und den Grünen. Bis 1988 lagen denn auch ihre Frauenanteile unter 10% und noch bis 2000 unter 20%. Bei der SVP war der Frauenanteil noch nie-

driger: Er überschritt die 10%-Schwelle erst nach 1995; bis 2007 steigerte sie sich auf 12,5%.

3. Die Frauenrepräsentation in den kantonalen Parlamenten und im Nationalrat im Vergleich

Obwohl im Nationalrat nur 200 Sitze zu vergeben sind, verlief im Nationalrat die Entwicklung der Frauenvertretung ähnlich wie in den kantonalen Parlamenten.⁷ Bei den ersten Wahlen in den Nationalrat mit Frauenbeteiligung (1971) reüssierten die Frauen mit einem Anteil von 5% unter den Gewählten. Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: 1979 überschritten sie die

**Frauenanteil unter den Gewählten
Nationalrat und kant. Parlamente G 1**



10%-Marke und 1995 die 20%-Marke. Bei den Wahlen 2003 erreichte der Anteil der gewählten Frauen im Nationalrat 26%. Wie bei den kantonalen Parlamentswahlen erfuhr die Frauenrepräsentation ihre grösste Steigerung (+ 4 Punkte) bei den Wahlen 1995.⁸

Hinsichtlich des parteipolitischen Verteilungsmuster der gewählten Frauen zeigen sich in den Grundzügen grosse Ähnlichkeiten. Allfällige Unterschiede dürften in der unterschiedlichen regionalen politische Kultur sowie in der unterschiedlichen Grösse der Wahlkreise begründet sein.

Anders als bei den kantonalen Wahlen zeigten sich in den Siebzigerjahren im Nationalrat vorerst keine nennenswerten parteipolitischen Unterschiede. So gehörten denn in den Siebzigerjahren die meisten gewählten Frauen im Nationalrat einer der drei grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP) an. In den Achtzigerjahren aber setzte die erwähnte *parteilpolitische Polarisierung der Frauenrepräsentation* ein. Die Frauenanteile der rotgrünen Parteien stiegen stark an, während – anders als auf kantonaler Ebene – die Frauenanteile von FDP und CVP im Nationalrat tendenziell rückläufig waren. Diese Polarisierung verstärkte sich noch bei den folgenden Wahlen und bei den Wahlen von 2003 gehörten knapp 60% aller gewählten Frauen entweder der SP an oder den Grünen, welche jedoch nur über 33% aller Nationalratsmandate verfügen. Zu den bürgerlichen Parteien FDP, LPS, CVP und SVP mit 61,5% aller Nationalratsmandate gehörten nur gerade 38% aller Nationalrätinnen.

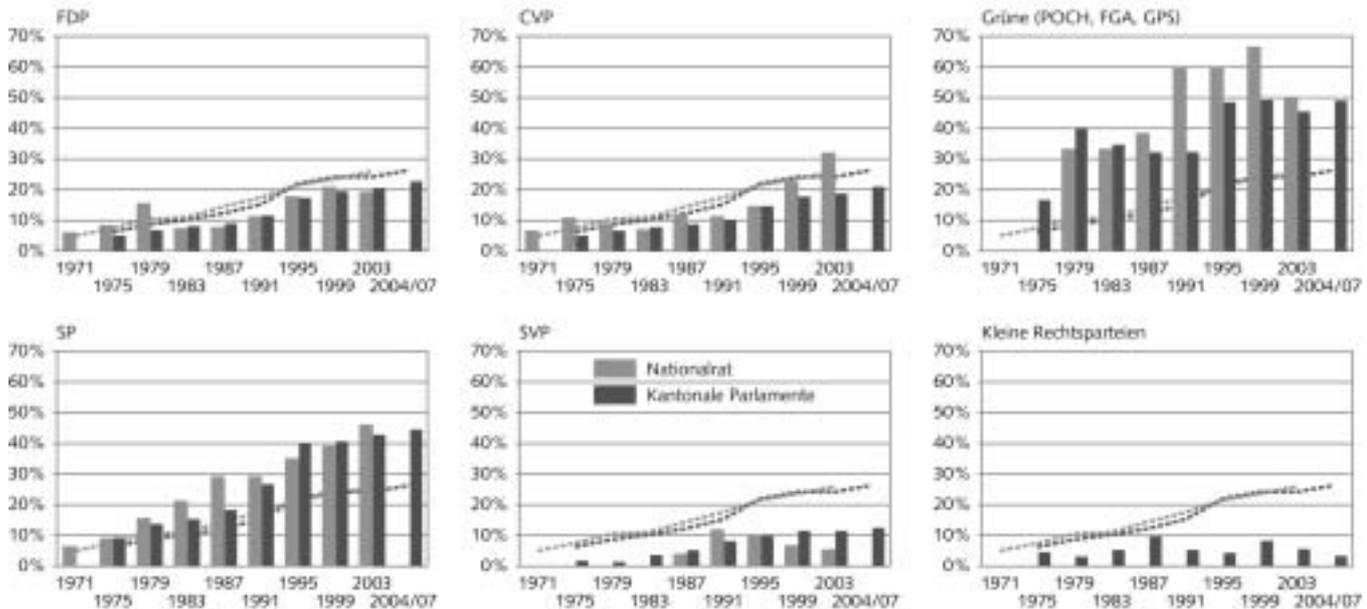
⁷ Bundesamt für Statistik, Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991, Bern 1994 sowie Seitz, Werner, "Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991 aus statistischer Sicht", in Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hg.), Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 34: Frauen und Politik, Bern 1994, S. 225 ff.

⁸ Bundesamt für Statistik, Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003. Entwicklung seit 1971. Mit einem Anhang zu den Frauen bei den Wahlen in den Ständerat und in die kantonalen Parlamente, Neuchâtel 2004.



Frauenanteil unter den Gewählten nach Parteien Nationalrat und kant. Parlamente

G 2



Quelle: Wählstatistik

© BFS

Vergleichen wir die aktuellsten Frauenanteile der einzelnen Parteien im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten, so haben Grüne und SP in beiden Parlamenten annähernd Geschlechterparität erreicht, während die FDP einen Frauenanteil von 19% (Nationalrat) bzw. 23% (kantonale Parlamente) ausweist. Bei der SVP hat die Frauenvertretung – anders als in den Kantonen (12%) – mit 5,5% den niedrigsten Wert seit 1987 erreicht. Bei den Nationalratswahlen 2003 schafften es die CVP-Frauen nicht nur, sämtliche bisherigen Sitze zu behalten, sondern ihre Zahl noch leicht zu steigern. Weil dagegen die massiven Mandatsverluste der CVP sämtliche zu Lasten der Männer gingen, stieg der Frauenanteil bei der CVP auf 32%. In den kantonalen Parlamenten aber ist der Frauenanteil der CVP-Frauen rund ein Drittel niedriger (21%).

4. Die Frauenrepräsentation im Ständerat

Der Vergleich der Frauenrepräsentation zwischen den kantonalen Parlamenten und dem eidgenössischen Parlament wäre unvollständig, wenn der Blick nicht auch noch auf den Ständerat gerichtet würde, jener kleinen Kammer, die – anders als die meisten kantonalen Parlamente und der Nationalrat – weitgehend nach dem Majorzsystem gewählt wird. Im Ständerat verlief die Entwicklung der Frauenrepräsentation nämlich anders als bei den Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente.

So war der Start ziemlich harzig: Bei den drei Ständeratswahlen in den Siebzigerjahren wurden nur wenige Frauen gewählt und so bewegte sich der Frauenanteil im Ständerat bis 1995 zwischen 0–11%. Darauf steigerte er sich sukzessive auf 17% (1995) bzw. 20% (1999), und bei den Wahlen 2002/03 erreichte er 24%.

Nicht nur die Einsitznahme in die kleine Kammer verlief anders, verschieden ist auch die parteipolitische Verteilung der gewählten Frauen im Ständerat: Seit den Ständeratswahlen 1994/95 ist die FDP jene Partei mit den meisten Frauen im Ständerat, gefolgt von der SP und der CVP. Die Grünen sind in der kleinen Kammer nicht vertreten.

Nach den Wahlen 2002/03 gehörten fast 2/3 aller Ständerätinnen (7 von 11) einer bürgerlichen Partei an (5 FDP, 2 CVP); 4 Ständerätinnen sind Mitglied der SP. Am grössten waren die Frauenanteile in der SP (44%) und in der FDP (36%). Die CVP stellte 2 Ständerätinnen und 13 Ständeräte (13%). Von der SVP wurde noch nie eine Frau in den Ständerat gewählt.⁹

⁹ Ähnlich wie im Ständerat ist das Muster der Frauenrepräsentation – sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Frauenanteile insgesamt wie der parteipolitischen Verteilungsmuster – in den kantonalen Regierungen. Siehe dazu auch Seitz, Werner, "Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2000/03", in Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.), Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al Femminile, Bern 2004, Nr. 1, S. 51 ff.

August 2007 – Nr. 2 – 10. Jahrgang
Août 2007 – No. 2 – 10ème année
Agosto 2007 – No. 2 – decimo anno



PARLAMENT
PARLEMENT
PARLAMENTO

Mitteilungsblatt der Schweizerischen
Gesellschaft für Parlamentsfragen

Bulletin d'information de la Société suisse
pour les questions parlementaires

Bollettino d'informazione della Società
svizzera per le questioni parlamentari



SCHWERPUNKT – LE THEME – IL TEMA

Einsitznahme in Parlamenten

Qui siège dans les parlements?

BEITRAG – CONTRIBUTION

Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit: Umfrage bei den Kantonen

MITTEILUNGEN – NOUVELLES – NOTIZIE

Canton de Vaud, SGP/SSP